

Ziel verfehlt



Finanzpolitik. Die Bundesregierung hat dank gelockerter Schuldenbremse und des 500 Milliarden Euro schweren Sondervermögens außergewöhnlich große finanzielle Spielräume. Die zusätzlichen Gelder sollen vor allem in wachstumsfördernde Investitionen fließen. Allerdings finanziert ein erklecklicher Anteil des Sondervermögens tatsächlich Lieblingsprojekte der Regierungsparteien, stopft Haushaltlöcher oder fließt in nicht zukunftsgewandte Ausgaben. Damit schiebe die Politik die Probleme Deutschlands weiter vor sich her, warnt IW-Steuerexperte Tobias Hentze im iwd-Kommentar. —→ [Seiten 2-4](#)

Arbeitskosten

Hiesige Unternehmen produzieren meist teurer als die ausländische Konkurrenz: Von 27 Industriestaaten hat Deutschland die vierthöchsten Lohnstückkosten.

—→ [Seiten 8-9](#)

Außenhandel

Kanada hat viele Rohstoffe, auch kritische. Trotz eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada ist das Handelsvolumen für diese Rohstoffe noch klein.

—→ [Seiten 10-11](#)

Verschiebebahnhof Bundeshaushalt

Finanzpolitik. Zwar fließen laut dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung in den kommenden Jahren dringend notwendige Milliarden an Euro in die Verteidigung und in Investitionen, doch Tricks bei der Buchführung und wachsende Staatsschulden werfen Fragen auf. Ob die geplante Offensive wirklich neuen Schub bringt, hängt davon ab, wie ernst die Koalition ihr Investitionsversprechen nimmt.

Die Schuldenbremse ist gelockert, die Haushaltsentwürfe für 2025 und 2026 stehen, die ersten Steuerreformen sind auf dem Weg – in der Finanzpolitik der Bundesregierung tut sich etwas. Dabei dominieren zwei wesentliche Felder: Verteidigung und Investitionen.

Die Ausgaben in beiden Bereichen müssen erheblich steigen – bei der Verteidigung, um die Sicherheit Deutschlands und eine glaubwürdige militärische Abschreckung gewährleisten zu können; bei den Investitionen, um die notwendige Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität zu ermöglichen und die lange vernachlässigte Infrastruktur auf Vordermann zu bringen.

Das geht nicht ohne neue Kredite (Grafik):

Laut Haushaltspolitik nimmt die Bundesregierung von 2025 bis 2029 insgesamt rund 850 Milliarden Euro zusätzliche Schulden auf.

Damit sollen unter anderem die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik bis 2029 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen. Möglich macht das die sogenannte Bereichsausnahme der Schuldenbremse, die kreditfinanzierte Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit oberhalb von 1 Prozent des BIP auch über die eigentlichen Neuverschuldungsgrenzen hinaus erlaubt.

Ein gern gesehener Nebeneffekt: Bisher finanzierte der Staat diese

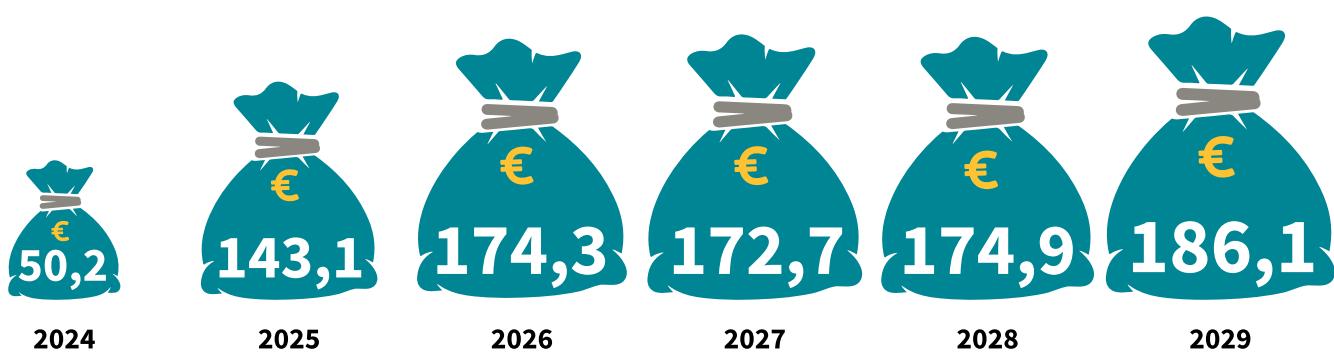
Ausgaben größtenteils aus dem laufenden Haushalt – die Kreditaufnahme setzt nunmehr rund 20 Milliarden Euro an Steuereinnahmen frei, die der Fiskus für andere politische Projekte einsetzen kann. Langfristig ist es jedoch sinnvoll, zur alten Finanzierungsstrategie zurückzukehren, da der Effekt von Verteidigungsausgaben für das Wirtschaftswachstum gering ist.

Schwerpunkt Nummer zwei der Kreditaufnahme liegt auf den Investitionen:

In diesem Jahr liegen 98 Milliarden Euro im Investitionstopf der Bundesregierung, im kommenden Jahr sind 120 Milliarden Euro eingeplant.

Der Schuldenberg wächst

Jährliche Nettokreditaufnahme des Bundes für Kernhaushalt und Sondervermögen in Milliarden Euro



Nettokreditaufnahme: Differenz zwischen der Aufnahme neuer Kredite und der Tilgung bestehender Schulden; ab 2025: Haushaltspolitik
 Quelle: Bundesministerium der Finanzen
 © 2025 IW Medien / iwd

Sie verteilen sich neben klassischen Bauprojekten auch auf Zu- schüsse und Darlehen. Zum Ver- gleich: 2024 beliefern sich die Investi- tionen des Bundes insgesamt auf rund 75 Milliarden Euro.

Für die geplante Investitionsof- fensive hat die Bundesregierung das 500-Milliarden-Euro-Sondervermö- gen auf den Weg gebracht, das sich auf zwölf Jahre verteilen soll und ebenfalls nicht auf die Schulden- bremse angerechnet wird. Davon gehen 300 Milliarden Euro an den Bund, jeweils 100 Milliarden Euro fließen in den Klima- und Transfor- mationsfonds sowie an die Länder und Kommunen.

Das Versprechen der Koalition: Die Gelder sind ausschließlich für zusätzliche Investitionen in die Infra- struktur und zur Erreichung der Klimaneutralität gedacht. Ein ver- heißungsvoller Plan – dass es so kommen wird, ist allerdings zweifel- haft. Denn laut Haushaltsentwurf stagnieren die Investitionsausgaben trotz Sondervermögen bereits ab dem Jahr 2026. Und ein genauerer Blick auf die Planung des Bundes legt einen großen Verschiebebahnhof offen.

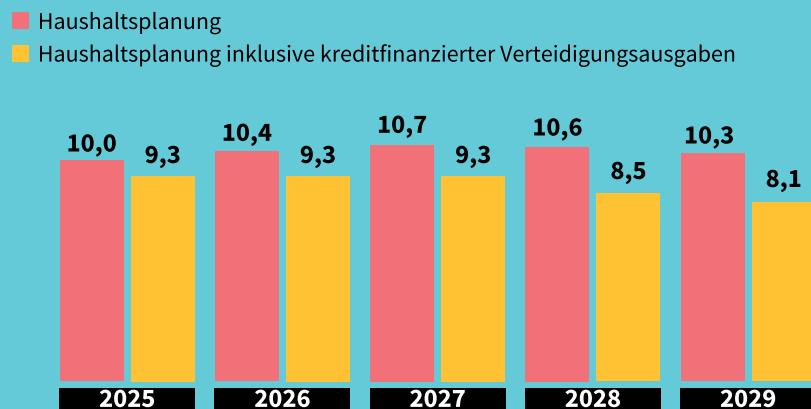
So gilt für den Kernhaushalt zwar eine Investitionsquote von 10 Pro- zent als Voraussetzung dafür, dass die Regierung das Sondervermögen überhaupt einsetzen darf. Diese ohnehin gering gewählte Untergrenze – bisher lag die Mindestinvestitionsquote bei rund 11 Prozent – erreicht die Koalition in ihrer Haushaltspannung bis 2029 allerdings nur dank einer kreativen Buchführung: Sie rechnet die kreditfinanzierten Verteidigungsausgaben oberhalb von 1 Prozent des BIP nicht mit in die Gesamtausgaben ein und verkleinert diese so künstlich. Andernfalls würde die Untergrenze verfehlt (Grafik):

Rechnet man die Verteidigungs- ausgaben hinzu, liegt die Investiti-

Investitionsquote: Mindestvorgabe in Gefahr

Für den Kernhaushalt gilt eine Investitionsquote von 10 Prozent als Voraus- setzung, dass die Regierung das Sondervermögen einsetzen darf

Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben im Kernhaushalt des Bundes in Prozent



Ohne finanzielle Transaktionen wie zum Beispiel Aktienkäufe

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

onsquote in den Jahren 2025 bis 2027 bei gut 9 Prozent, 2029 sogar bei nur 8 Prozent.

Insgesamt fehlen bis 2029 rund 30 Milliarden Euro, um die Mindest- quote für Investitionen ohne Bu- chungstricks zu erfüllen.

Beim Klima- und Transfor- mationsfonds sieht es nicht besser aus. Fast jeder fünfte Euro daraus dient in diesem Jahr der Entlastung energie- intensiver Unternehmen und der Finanzierung der Gasspeicherumla- ge. Die Investitionsquote liegt hier 2025 bei 75 Prozent und fällt im kommenden Jahr schon auf 60 Prozent. Damit wird deutlich: Nicht alle Mittel fließen in echte Zukunftsinves- titionen.

Noch unsicherer ist die Lage bei den Ländern und Kommunen. Sie sind frei von jeglichen Vorgaben zur Verwendung der 100 Milliarden Euro, obwohl der Bund für die Zinsen aufkommt. Damit besteht die Gefahr, dass sie die Mittel nicht für neue zukunftsweisende Projekte, sondern zum Stopfen von Haushaltlöchern nutzen.

Während die Effekte des Sonder- vermögens auf Infrastruktur und Wachstum also recht offen sind, bestehen bei den Folgen für die Staatsschulden keine Zweifel. Die zusätzlichen Kredite treiben die Schuldenstandsquote in die Höhe, bis zum Jahr 2029 voraussichtlich auf rund 73 Prozent des Bruttoin- landsprodukts – ein Anstieg um 10 Prozentpunkte. Dadurch steigen auch die Zinslasten und setzen den Haushalt weiter unter Druck. Denn jeder Euro, den der Staat für Zinsen zahlen muss, steht nicht für die Zukunftsgestaltung zur Verfügung.

Gleichzeitig zeigt sich in den Jahren 2027 bis 2029 bereits jetzt eine Haushaltslücke von 172 Milliar- den Euro. Der zentrale Schlüssel zum Stopfen dieses Lochs ist größe- res Wirtschaftswachstum und dadurch steigende Einnahmen. Dafür wiederum wird entscheidend sein, die 500 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen schnell, zielgerich- tet, ohne Buchungstricks und unbürokratisch auf die Straße zu bringen.

Kommentar. Die neue Bundesregierung verspricht eine groß angelegte Investitionsoffensive.

Tobias Hentze, Leiter des Clusters Staat, Steuern und Soziale Sicherung im IW, sieht allerdings keinen überzeugenden Kurs und kritisiert die Schönrechnerei der Koalitionsparteien.



Foto: IW

Chance vertan?

Die schwarz-rote Bundesregierung verfügt dank Sondervermögen und Bereichsausnahme über außergewöhnliche finanzielle Spielräume. Die Schuldenbremse ist zwar nicht abgeschafft, aber doch ausgehebelt. Das ist weit mehr als ein politisches Signal – es ist ein Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik. Endlich kann es in Deutschland vorangehen, vorbei scheint die Zeit der Blockade und des Klein-Kleins aus Ampel-Tagen.

Doch wohin soll das viele Geld neben der Verteidigung fließen? Sinnvoll sind Investitionen in alle Bereiche, die die Wachstumschancen der Wirtschaft verbessern – zum Beispiel in die Verkehrsinfrastruktur und in die Transformation zur Klimaneutralität. Dass das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird, hat die Bundesregierung mehrmals betont und wird dabei nicht müde, sich ihrer geplanten Rekordinvestitionen zu rühmen.

Doch der Schein trügt. Erstens soll bereits ab 2026 das Investitionsniveau stagnieren, zweitens rechnet sich die Regierung die Investitionsseite im Haushalt schön. Eine ehrliche Analyse zeigt, dass sie die dort gesetzten Mindestvorgaben nicht einhalten kann. Ein Teil des eigentlich für zusätzliche Investitionen gedachten Geldes aus dem Topf des 500 Milliarden Euro großen Sondervermögens soll vielmehr Haushaltslöcher stopfen oder Lieblingsprojekte der Regierungsparteien wie die Mütter- oder Aktivrente finanzieren.

Auch im Klima- und Transformationsfonds sind nicht alle Ausgabeposten so zukunftsgewandt, wie der Name weismachen will. Einige Aufwendungen daraus mögen kurzfristig Teile der Wirtschaft entlasten, stärken aber nicht dauerhaft die Wettbewerbsfähigkeit. Noch problematischer sind die Mittel aus dem Sondervermögen für Länder und Kommunen, für deren Verwendung

es keine Kriterien gibt. Der Investitionseffekt droht so gegen null zu tendieren, dabei sind die Bedarfe zum Beispiel bei Straßen, Schulen und Kitas riesig.

Auf der anderen Seite der Buchung stehen steigende Schulden und Zinsausgaben. Wenn Zinsen mehr Platz im Haushalt einnehmen, bleibt weniger für die wichtigen Dinge und die Spielräume verengen sich. Schließlich wachsen gleichzeitig die Lasten im Gesundheits- und Rentensystem – doch anstatt dort Reformen zumindest anzustoßen, setzt die Regierung bei den Sozialausgaben mit dem Rentenpaket noch einen drauf. Das ist keine nachhaltige Politik, sondern ein Vertagen der Probleme in die Zukunft. Ein überzeugender Wachstumskurs ist nicht in Sicht. Die Chancen des Sondervermögens drohen zu verpuffen, wenn die Regierung nicht aufhört, Verschiebebahnhof zu spielen.

Wenn der Rahmen passt

Arbeitsmarkt. In der Öffentlichkeit wirkt es oft so, als würden die Beschäftigten in Deutschland mehrheitlich gern ihre Arbeitszeit verkürzen. Eine neue IW-Befragung zeigt allerdings, dass sich die meisten sogar längere Arbeitszeiten vorstellen können. Dafür setzen sie aber gewisse Bedingungen voraus.

Geburtenstarke Jahrgänge raus, geburtenschwache rein – der demografische Wandel belastet den deutschen Arbeitsmarkt. Allein in der laufenden Legislaturperiode werden rund zwei Millionen Menschen mehr das Rentenalter erreichen als in das Erwerbsleben hineinwachsen.

Eine Maßnahme, um dem entgegenzuwirken, ist ein höheres Jahresarbeitsvolumen, sprich: eine Verlängerung der individuellen Arbeitszeit. Bislang entstand in der öffentlichen Diskussion oft der Eindruck, die Beschäftigten in Deutschland würden lieber weniger als mehr arbeiten, Teilzeitkräfte höchstens etwas mehr. Die Arbeitszeitwünsche wurden dabei stets unter den aktuellen Rahmenbedingungen abgefragt.

Das IW ist nun in seiner Beschäftigtenbefragung einen anderen Weg gegangen und hat die Erwerbstätigen nach den Voraussetzungen für eine längere Arbeitszeit gefragt. Ein erstes allgemeines Ergebnis zeigt (Grafik):

77 Prozent der Beschäftigten können sich eine längere Arbeitszeit grundsätzlich vorstellen.

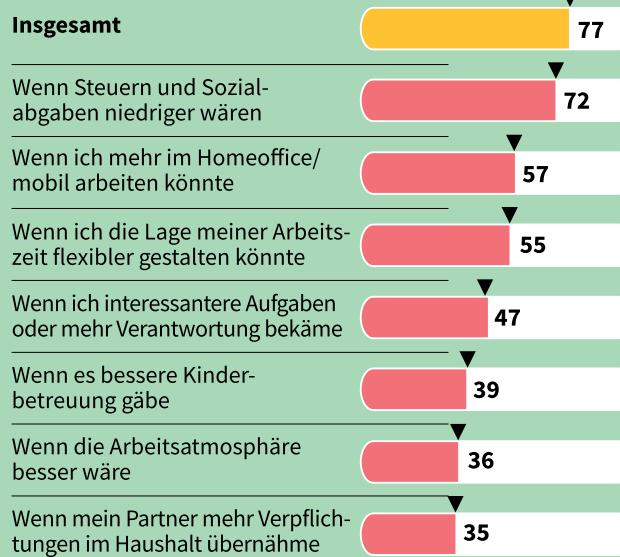
Dieser Befund gilt für Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte gleichermaßen. Die Bereitschaft, länger zu arbeiten, ist zudem weitgehend unabhängig vom Geschlecht, der Branche oder der beruflichen Qualifikation.

Die meisten knüpfen ihre Offenheit zur Mehrarbeit jedoch an eine oder mehrere Bedingungen. Eine wesentliche Voraussetzung für längere Arbeitszeiten wäre für 72 Prozent der Befragten eine niedrigere Belastung durch Steuern und Sozialabgaben.

Arbeitsflexibilität ist der zweite große Hebel. So wünschen sich 57 Prozent, mehr im Homeoffice arbeiten zu können, 55 Prozent würden gerne ihre Arbeitszeit flexibler gestalten. Unternehmen können hierbei unterstützen und individuelle Entfaltungsräume schaffen. Außerdem würde eine flexiblere gesetzliche tägliche Höchstarbeitszeit, wie es die Bundesregierung laut ihres Koalitionsvertrags plant, den Wunsch der Beschäftigten unterstützen.

Längere Arbeitszeit – wenn die Bedingungen stimmen

So viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland wären bereit, ihre Arbeitzeit bei entsprechendem Lohnausgleich unter diesen Voraussetzungen auszuweiten



Befragung von 4.977 Beschäftigten im Mai und Juni 2025 im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Die IW-Studie zeigt, dass es in Deutschland durchaus größeres Potenzial für längere Arbeitszeiten gibt. Gefragt ist in erster Linie die Politik, da sie wichtige Voraussetzungen für eine längere Arbeitszeit durch den gesetzlichen Rahmen bestimmt.

IW-Kurzbericht 79/2025

Holger Schäfer, Oliver Stettes: Die Bereitschaft zu längeren Arbeitszeiten ist hoch – wenn die Bedingungen stimmen

Lücke ist schwer zu schließen

Produktivität. Weil die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt, müsste die Arbeitsproduktivität in den kommenden Jahren umso stärker steigen, wenn die Wirtschaft in Deutschland wie im Schnitt der vergangenen Jahrzehnte wachsen soll. Doch aus Sicht der Unternehmen gibt es viele Faktoren, die die Produktivität hemmen.

Der demografische Wandel ist eine große Herausforderung für die deutsche Wirtschaft. Bis zum Jahr 2035 wird die Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 67 Jahren voraussichtlich um mehr als drei Millionen Personen schrumpfen – der Anteil der Bundesbürger im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung sinkt dann um gut 4 Prozentpunkte auf weniger als 59 Prozent.

Folglich muss die gesamtwirtschaftliche Produktion in den kommenden Jahren von einem kleiner werdenden Teil der Bevölkerung erbracht werden. Ob die Wirtschaft und der Wohlstand – gemes-

sen an den Pro-Kopf-Einkommen – so wie bisher wachsen können, hängt dann von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität ab, also der preisbereinigten Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen(stunde). Berechnungen des IW zeigen:

Soll das Einkommen je Einwohner bis 2035 so wie in den vergangenen drei Dekaden um 1,2 Prozent pro Jahr steigen, ist ein Produktivitätswachstum von jahresdurchschnittlich 1,8 Prozent erforderlich.

Dass dies ambitioniert ist, zeigt ein Blick auf die Produktivitätstrends der letzten Zeit. Schon in den 2010er

Jahren war der jährliche Anstieg der Arbeitsproduktivität im Schnitt mit rund 1 Prozent nur noch etwa halb so hoch wie in den 1990ern. In jüngster Zeit verringerte sich das Tempo nochmals:

Von 2020 bis 2024 legte die Arbeitsproduktivität in Deutschland gerade einmal um jahresdurchschnittlich 0,3 Prozent zu.

Zu den Gründen für das stark gedrosselte Produktivitätswachstum zählt neben den demografisch bedingten, zunehmenden Fachkräfteengpässen auch die verringerte internationale Arbeitsteilung. Bereits seit den 2010er Jahren ist der Trend zum Bezug von Vorleistungen aus dem Ausland abgeflaut und die aktuellen geopolitischen Verwerfungen verstärken diese Entwicklung noch – all dies führt zu Effizienzverlusten in der Produktion.

Hinzu kommt, dass sowohl die Unternehmen als auch der Staat in den vergangenen Jahren zu wenig in Deutschland investiert haben, um den Kapitalstock – Produktionsanlagen, Verkehrsinfrastruktur etc. – zu erhöhen beziehungsweise zu modernisieren.

Vor diesem Hintergrund dürfte es schwierig werden, die Lücke zwischen dem zuletzt niedrigen Produktivitätswachstum und den für die Wohlstandssicherung künftig benötigten Zuwachsralten zu schließen. Eine IW-Befragung von Unter-

Produktivitätsentwicklung: Viele Unternehmen sind skeptisch

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten in den kommenden fünf bis zehn Jahren folgendes Produktivitätswachstum

■ Eher schwach ■ Eher normal ■ Eher stark

 Metallindustrie	65	21	7
 Sonstige Industrie	63	26	9
 Chemie/Pharma/Gummi/Kunststoff	62	26	9
 Bauwirtschaft	61	32	4
 Großhandel/Logistik	54	36	3
 Maschinenbau/Elektroindustrie/Fahrzeugbau	45	40	9
 Unternehmensnahe Dienstleistungen	40	42	11
 Energie/Wasserversorgung/Entsorgung	24	49	20
 Insgesamt	50	36	8

Rest zu 100: weiß/nicht/keine Angabe

Befragung von rund 1.000 Unternehmen aus der Industrie und den industrienahen Dienstleistungsbranchen vom 16. Oktober bis 5. Dezember 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspansels

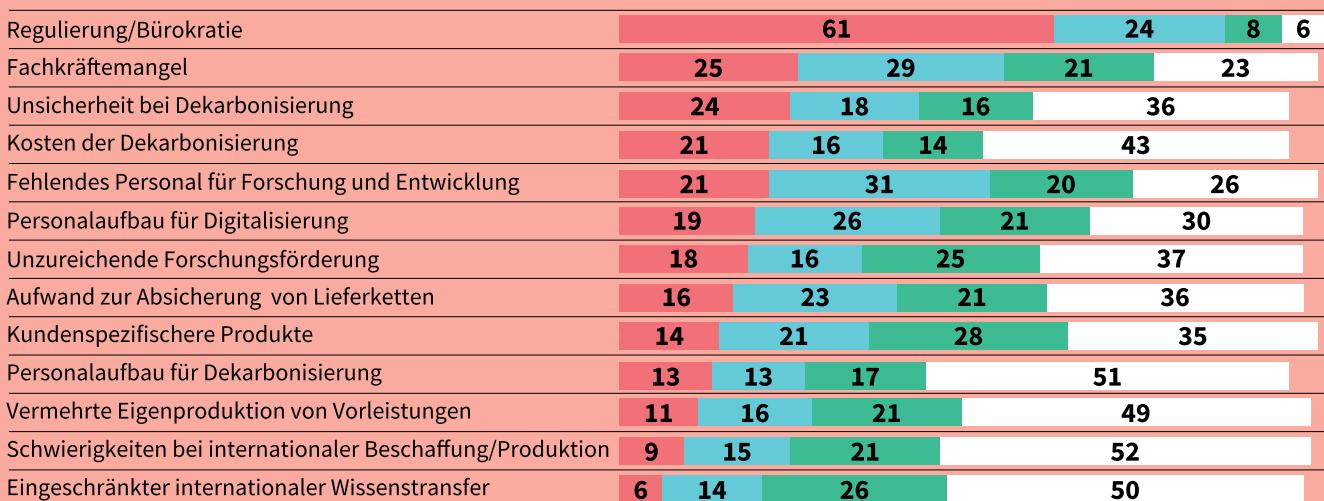
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Regulierung ist stärkste Produktivitätsbremse

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland sagen, dass folgende Faktoren ihre künftige Produktivitätsentwicklung in diesem Ausmaß hemmen



■ Stark ■ Leicht ■ Kaum oder gar nicht ■ Faktor ist für uns nicht relevant



Rest zu 100: weiß nicht/keine Angabe

Befragung von rund 1.000 Unternehmen aus der Industrie und den industrienahen Dienstleistungsbranchen vom 16. Oktober bis 5. Dezember 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

nehmen aus der Industrie und den industrienahen Dienstleistungsbranchen lässt jedenfalls nicht darauf schließen, dass die deutsche Wirtschaft ihre Produktivitätsschwäche in absehbarer Zeit überwinden wird (Grafik Seite 6):

Insgesamt geht die Hälfte der Befragten für die kommenden fünf bis zehn Jahre von einem schwachen Produktivitätswachstum in ihrem Unternehmen aus.

Gut ein Drittel rechnet mit einem normalen Produktivitätsanstieg, nur 8 Prozent erwarten, dass die Produktivität stark zulegen wird.

Lediglich in der Ver- und Entsorgungsbranche sind mit 20 Prozent fast ebenso viele Unternehmen zuversichtlich, wie es Pessimisten gibt. Am skeptischsten zeigen sich die Metallindustrie, die Chemiebranche sowie die Bauwirtschaft – dort halten jeweils gut sechs von zehn Firmen eine anhaltende Produktivitätsflaute für wahrscheinlich.

Doch was bremst die Produktivität in den Unternehmen ab? Aus Sicht der Betriebe sticht ein Aspekt besonders hervor (Grafik):

Rund 85 Prozent der Industrie- und industrienahen Dienstleistungsunternehmen halten die hohe Regulierungsdichte und die Belastung durch bürokratische Vorgaben für produktivitätshemmend – 61 Prozent sehen sogar einen stark negativen Einfluss.

Mit Abstand folgt an zweiter Stelle der Fachkräftemangel – 25 Prozent der Unternehmen sehen in ihm ein starkes, weitere 29 Prozent ein leichtes Produktivitätshemmnis. Das ist auch damit zu erklären, dass viele Unternehmen trotz einer schwachen Geschäftslage Mitarbeiter gehalten haben – aus Sorge, bei einem neuerlichen Aufschwung nicht genug neue Arbeitskräfte zu finden. Niedrige Produktionszahlen bei hohem Beschäftigungsstand bedeuten aber eine Schwächung der Produktivität.

Insgesamt ist die Bandbreite jener Faktoren, die das Produktivitätswachstum in den Unternehmen hemmen, groß. Zumindest auf einige davon kann und sollte die Politik Einfluss nehmen. Dies gilt zuerst für die Bürokratielasten, die der deutsche Staat und die EU den Firmen auferlegen. Aber auch der bislang wenig verlässliche Regulierungsrahmen für die Dekarbonisierung hat die Wirtschaft unnötig verunsichert und überhöhte Kosten verursacht – hier muss die Politik einen klaren Kurs fahren. Nicht zuletzt wäre die Bundesregierung gut beraten, forschende Firmen stärker zu fördern – sind Innovationen doch eine zentrale Stellgröße für ein stärkeres Produktivitätswachstum.

Aus IW-Trends 2/2025

Hubertus Bardt, Michael Grömling: Hemmnisse und Herausforderungen bei der Bewältigung der demografischen Produktivitätslücke in Deutschland

Der Standort bröckelt

Arbeitskosten. Deutschland hat im internationalen Vergleich sehr hohe Lohnstückkosten.

Der Grund: Die gute Produktionsleistung kann hierzulande die hohen Arbeitskosten nicht kompensieren. Dazu schwächen strukturelle Probleme den Standort D. Ziel muss es sein, die Dynamik der Arbeitskosten moderat zu halten und Innovationen anzustoßen, um die Lage zu verbessern.

Coronapandemie, gestörte Lieferketten, fehlende Computerchips, Auswirkungen des Ukraine-Kriegs – die Liste der Krisenherde für die deutsche Wirtschaft war in den vergangenen Jahren lang. Dazu kommen strukturelle Probleme wie der demografische Wandel, die marode Infrastruktur oder die stetig steigenden Sozialabgaben. All das schwächt die Unternehmen im Land und sorgt dafür, dass die Wirtschaft seit einigen Jahren auf der Stelle tritt.

Erschwerend kommt hinzu, dass die deutschen Betriebe meist teurer als die ausländische Konkurrenz produzieren (Grafik):

Deutschland hat im Vergleich von 27 wichtigen Industriestaaten die vierhöchsten Lohnstückkosten.

Nur Lettland, Estland und Kroatien übertreffen den deutschen Wert. Insgesamt liegt die Bundesrepublik 22 Prozent über dem Durchschnitt aller untersuchten Länder. Und die besonders wichtigen Konkurrenten Japan und USA kommen mit 24 Prozent beziehungsweise 32 Prozent niedrigeren Kosten aus.

Langfristig betrachtet haben sich die Lohnstückkosten in Deutschland zwar so entwickelt wie im Ausland, über den gesamten Zeitraum von 1999 bis 2024 stiegen sie hierzulande jahresdurchschnittlich um 0,7 Prozent – das entspricht exakt

dem Mittelwert aller untersuchten Länder. Allerdings war das Ausgangsniveau auch damals schon deutlich höher als in den Vergleichsstaaten.

Woran liegt das? Da die Lohnstückkosten die Relation von Produktivität und Arbeitskosten widerspiegeln, sind die beiden Faktoren einzeln ein guter Anhaltspunkt zur Ursachenforschung. So ist die Produktivität in Deutschland in den vergangenen Jahren zwar nur noch leicht gestiegen. Dennoch ist sie international auf einem hohen Niveau:

Im Produktivitätsranking schafft es Deutschland auf Rang 7 unter den 27 Ländern.

An der Spitze liegt mit großem Vorsprung Dänemark. Dahinter folgen schon die USA, deren Unternehmen häufig mit deutschen Firmen um internationale Aufträge konkurrieren.

Das Problem für Deutschland liegt demnach in den Arbeitskosten:

Nur Dänemark und Belgien haben im internationalen Vergleich höhere Arbeitskosten als die deutsche Wirtschaft.

Vor allem mittel- und osteuropäische Länder hängen Deutschland in Sachen Arbeitskosten deutlich ab.

Ein weiteres Problem zeigt sich in der langfristigen Betrachtung der Lohnstückkosten: In Phasen mit hohen Anstiegen sank lange Zeit im Gegenzug die Exportperformance

der deutschen Wirtschaft. Sie zeigt an, wie sich die Exporte eines Landes in Relation zu den Importen der Zielmärkte entwickeln. Steigt zum Beispiel der Import eines Landes, der deutsche Export dorthin stagniert dagegen, sinkt die deutsche Exportperformance.

Die beschriebene Gesetzmäßigkeit gilt allerdings seit einigen Jahren nicht mehr:

Seit dem Jahr 2015 hat sich die deutsche Exportperformance ohne Unterbrechung von Jahr zu Jahr verschlechtert, obwohl es seitdem auch Phasen einer verbesserten Lohnstückkostenposition gegeben hat.

Zwei mögliche Einflussfaktoren sind das gesunkene Arbeitsvolumen im Verarbeitenden Gewerbe zwischen 2018 und 2024 (minus 7,7 Prozent) sowie die niedrigere industrielle Bruttowertschöpfung (minus 3 Prozent).

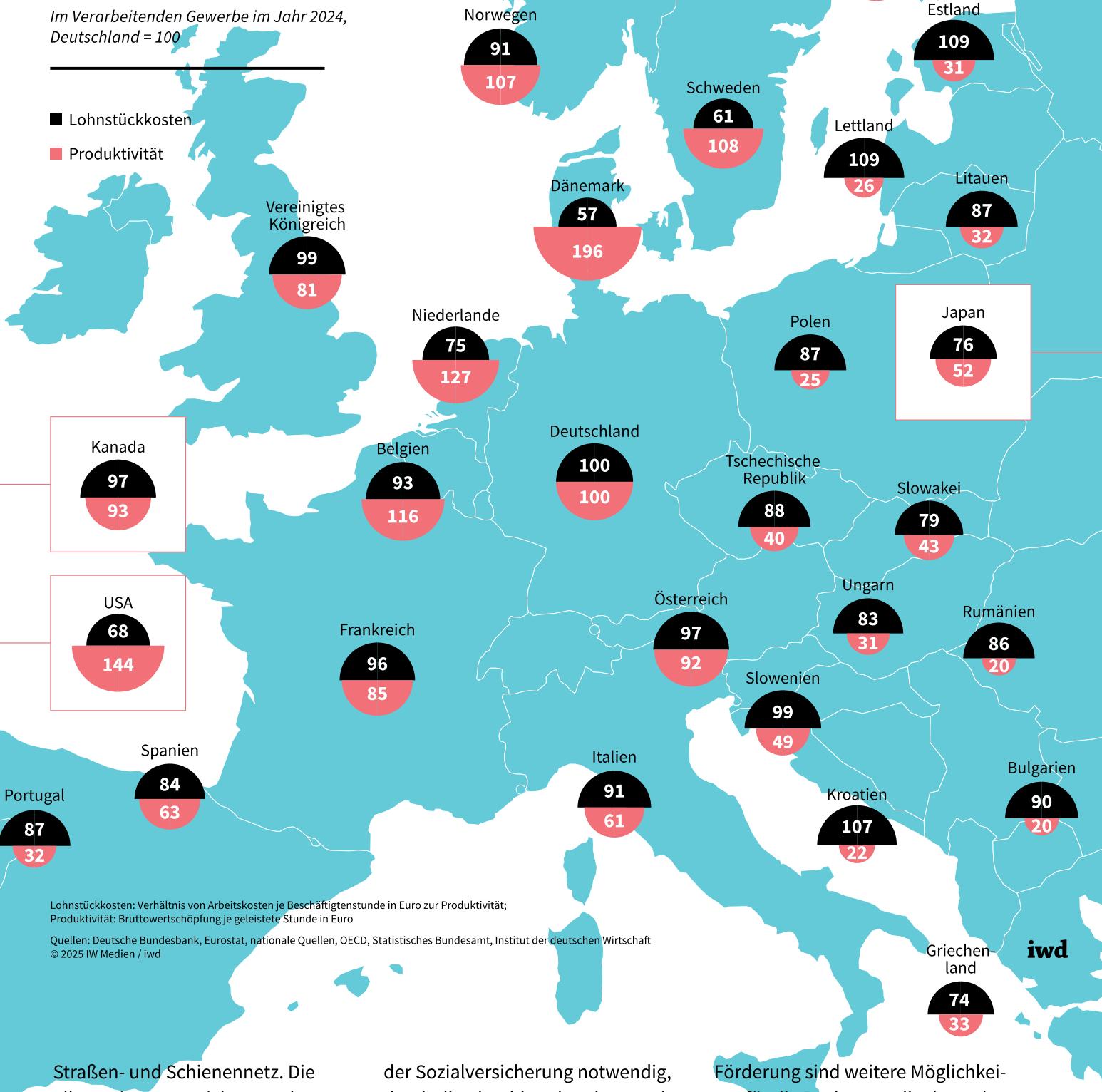
Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft geht demnach in die falsche Richtung – und zahlreiche Faktoren lassen die Zukunftsaussichten düster werden. So sorgt der demografische Wandel nicht nur für Fachkräftemangel, sondern durch die steigende Zahl älterer Menschen auch absehbar zu höheren Sozialabgaben für die Unternehmen im Land. Hohe Steuern und hohe Energiekosten belasten die Firmen zusätzlich, ebenso das maroder werdende

Lohnstückkosten und Produktivität international

Im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2024,
Deutschland = 100

■ Lohnstückkosten

■ Produktivität



Straßen- und Schienennetz. Die allgemeine Verunsicherung der Wirtschaft hat dann auch noch geringere Investitionen zur Folge.

Es gibt demnach viele Ansatzpunkte für die Politik, um die Zukunft des Standortes zu verbessern und zu sichern. In erster Linie ist eine strikte Ausgabendisziplin in allen Zweigen

der Sozialversicherung notwendig, damit die ohnehin schon international hohen Arbeitskosten nicht noch weiter steigen.

Aber auch Investitionen attraktiver zu machen, muss ein vorrangiges Ziel sein. Niedrigere Energiepreise, ein verlässlicher rechtlicher Rahmen, weniger Bürokratie und gezielte

Förderung sind weitere Möglichkeiten für die Regierung, die deutsche Wirtschaft zu stärken.

Aus IW-Trends 2/2025

Christoph Schröder: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich – Kostenwettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in Zeiten großer Verunsicherung

Kampf um kanadische Rohstoffe

Außenhandel. Die EU ist aufgrund geringer eigener Vorkommen auf den Import vieler Rohstoffe angewiesen. Dafür braucht sie strategische Partnerschaften und Freihandelsabkommen mit anderen rohstoffreichen Ländern. Ein vielversprechender Kandidat ist Kanada – doch auch die USA und China mischen in Nordamerika mit.

Die USA sind unbestritten wirtschaftlich und vor allem sicherheitspolitisch ein unverzichtbarer Partner für die EU. Der Zollkonflikt und die generell unberechenbare Außenpolitik von US-Präsident Donald Trump haben aber gezeigt, dass sich die Staatengemeinschaft stärker bemühen sollte, sich ein Stück weit von den USA zu lösen. Helfen kann dabei eine engere Kooperation zwischen der EU und Kanada.

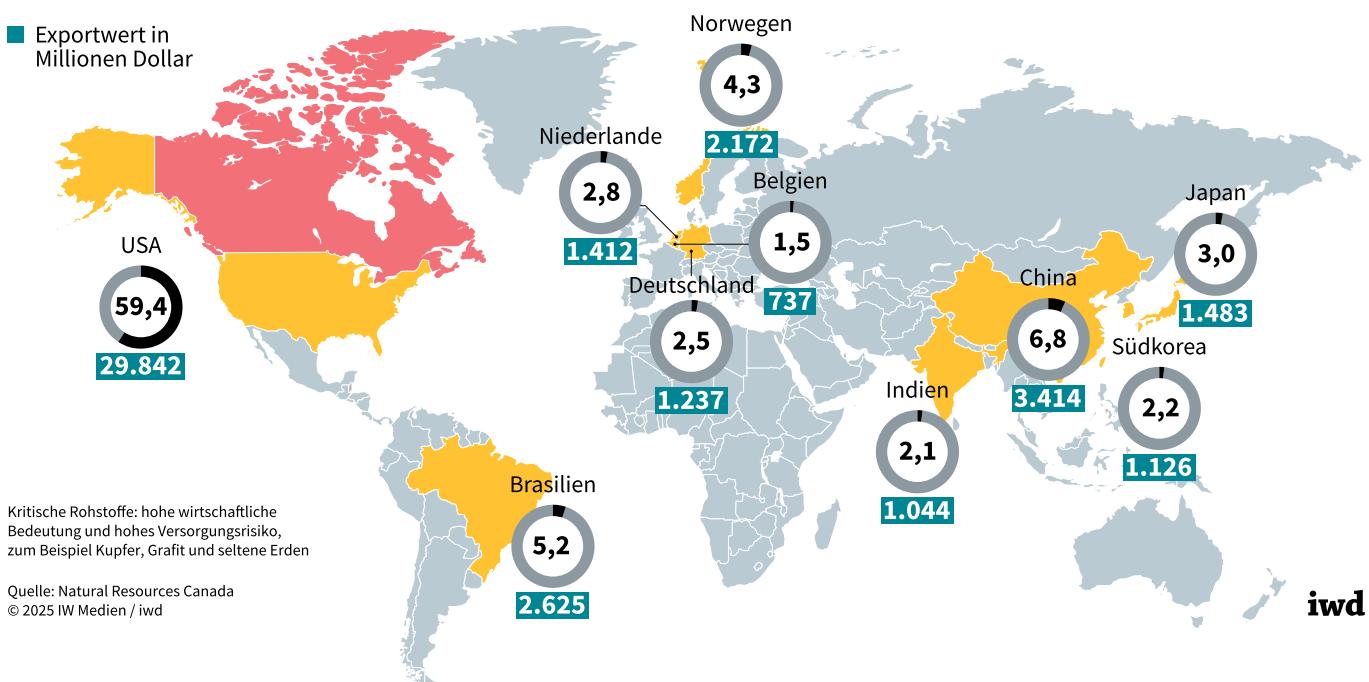
Der US-Nachbar besitzt reiche Vorkommen wichtiger Rohstoffe. Ein Fünftel der kanadischen Exporte entfiel im Jahr 2024 auf Mineralien und Metalle, darunter viele, die die Europäische Kommission als kritisch einstuft. Dazu gehören Rohstoffe, die unverzichtbar für Schlüsselbereiche wie die Digitalisierung und die Energiewende und

somit von großer wirtschaftlicher Bedeutung sind. Die Versorgung mit diesen Rohstoffen ist aber gleichzeitig hohen Risiken ausgesetzt – zum Beispiel durch Lieferengpässe, geopolitische Unsicherheiten oder eine geringe Verfügbarkeit von Ersatzstoffen.

Doch gerade bei diesen kritischen Rohstoffen ist das Handelsvolumen zwischen Kanada und der EU noch klein. Größter Abnehmer der kanadischen Produkte sind die USA. Gemeinsam mit Mexiko haben diese beiden Länder seit vielen Jahren ein Freihandelsabkommen – zwischen 1994 und 2020 zunächst das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA, seitdem das von Trump ausgehandelte USMCA-Abkommen. Dadurch sind erhebliche wirtschaftliche Verflechtungen zwischen den

USA dominieren Markt für kritische Rohstoffe in Kanada

So viel Prozent der kanadischen Exporte von kritischen Rohstoffen gingen 2023 in diese Länder



drei Volkswirtschaften entstanden. So legt ein Großteil der kritischen Rohstoffe aus Kanada nur einen kurzen Weg zurück (Grafik Seite 10):

Fast 60 Prozent der kanadischen Exporte von kritischen Rohstoffen entfielen 2023 auf die USA.

Dahinter folgen China und Brasilien, an die Kanada 2023 rund 7 beziehungsweise 5 Prozent der Exporte dieser Produkte lieferte. Den größten Anteil unter den EU-Ländern hatten die Niederlande und Deutschland mit jeweils etwa 3 Prozent.

Ein genauerer Blick auf einzelne Materialien bestätigt das Bild des ausbaufähigen Handels zwischen Kanada und der EU. So liegt der Anteil Kanadas an den europäischen Importen zwar für einige wenige kritische Rohstoffe wie Uran oder Nickel höher als der jeweilige Weltexportanteil der Nordamerikaner, für einige aber auch deutlich darunter – zum Beispiel für Grafit, einen wesentlichen Bestandteil von E-Batterien. Besonders eklatant ist die Differenz in der Rohstoffgruppe „Andere Erze und Konzentrate“ (Grafik):

Während auf Kanada hierbei rund ein Viertel der weltweiten Exporte entfällt, gehen nur 0,1 Prozent davon nach Europa.

Bemerkenswert dabei: In diese Kategorie fallen auch die seltenen Erden, die für Elektromotoren, Generatoren oder Windkraftanlagen gebraucht werden und bei denen Europa bislang vollständig auf den Import aus China angewiesen ist (siehe iwd 13/2025). Und obwohl die Vorkommen in ihrem Land liegen, sind auch die Kanadier nicht unabhängig vom Reich der Mitte. Denn China ist an den größten kanadischen Minenkonzerne mehrheitlich beteiligt und kontrolliert mehr als 90 Prozent der Weiterverarbeitungstechnologien für seltene Erden im Land.

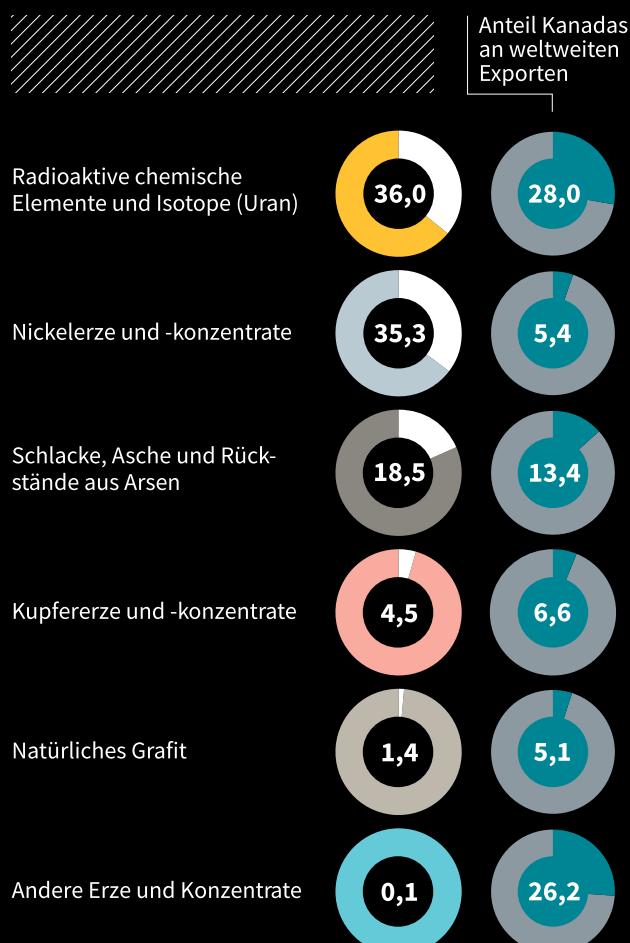
Damit liegt auch die Kontrolle über die Lieferketten größtenteils bei China – als Folge gehen 99 Prozent der Exporte Kanadas in der Rohstoffgruppe, zu der die seltenen Erden gehören, ins Reich der Mitte.

Das Beispiel Kanada zeigt, wie China seine Dominanz auf Schlüsselmärkten festigt. So verfügen die Kanadier nach wie vor über große unerschlossene Reserven an kritischen Rohstoffen, sind aber auf Direktinvestitionen aus dem Ausland angewiesen, um diese zu heben. China hat das Potenzial längst erkannt und ist seit 2021 der mit Abstand größte Investor im kanadischen Bergbau. Im vergangenen Jahr stammte rund die Hälfte aller neuen ausländischen Direktinvestitionen in diesem Sektor aus dem Reich der Mitte, auf die USA entfielen 30 Prozent – und nur 13 Prozent auf Europa.

Um sich unabhängiger von den Großmächten USA und China zu machen, ist es im Interesse der EU, aber auch von Kanada, ihre Partnerschaft zu intensivieren.

Kritische Rohstoffe: Europäischer Handel mit Kanada ausbaufähig

So viel Prozent der europäischen Importe dieser kritischen Rohstoffe kamen 2024 aus Kanada



Kritische Rohstoffe: hohe wirtschaftliche Bedeutung und hohes Versorgungsrisiko; andere Erze und Konzentrate: u. a. seltene Erden

Quelle: UN Comtrade
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Zwar besteht zwischen beiden seit 2017 das Freihandelsabkommen CETA, dies ist allerdings immer noch nicht von allen EU-Staaten ratifiziert und somit nur in Teilen in Kraft. Die Staatengemeinschaft muss bereit sein, hier Zugeständnisse zu machen und ihre Bedenken hinsichtlich Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerrechten unterzuordnen – nur so kann sie ihre nach wie vor große Abhängigkeit von China und den USA verringern.

IW-Kurzbericht 72/2025

Simon Gerards Iglesias, Michael Hüther: Kanada im Visier der Großmächte – Welche Optionen verbleiben für die EU?

Ausgaben auf Diät setzen

Gesetzliche Krankenversicherung. Bereits in den vergangenen Jahren sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) deutlich stärker gewachsen als die beitragspflichtigen Einkommen. Zusätzlich belastet ab jetzt die Alterung der Versicherten die GKV-Finanzen. Um zu verhindern, dass die Beitragsslasten drastisch steigen, gilt es, den Anstieg der Ausgaben systematisch zu begrenzen.

Es geht aufwärts in Deutschland – zumindest mit den Krankenversicherungsbeiträgen. Zwar ist der allgemeine Beitragssatz gesetzlich bei 14,6 Prozent fixiert. Hinzu kommt aber noch ein Zusatzbeitragssatz, den jede Kasse individuell festlegt. Beide Sätze zusammen werden im Wesentlichen auf Arbeitsentgelte und gesetzliche Renten erhoben und von den Arbeitnehmern und -gebern beziehungsweise Rentnern und der Rentenversicherung jeweils zur

Hälfte gezahlt. Das Problem dabei: Die Kassen müssen immer höhere Ausgaben schultern. Deshalb beträgt der gesamte Beitragssatz zur GKV im Schnitt inzwischen 17,5 Prozent – bis zum Ende des Jahrzehnts könnte er der 20-Prozent-Marke bedrohlich nahekommen.

Steigende Sozialversicherungsbeiträge belasten jedoch mittel- bis längerfristig die Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft, weil sie beispielsweise die verfügbaren

Einkommen reduzieren, aber auch den Investitionsspielraum der Unternehmen verringern (siehe iwd 4/2025).

Um dies zu verhindern, ist es aus ökonomischer Sicht dringend geboten, die Ausgabenentwicklung auf das Wachstum der beitragspflichtigen Einkommen zu begrenzen. Denn diese beiden Größen haben sich seit Jahren kontinuierlich auseinanderentwickelt (Grafik):

Während die beitragspflichtigen Einkommen je GKV-Versicherten seit dem Jahr 2000 um 80 Prozent gestiegen sind, legten die GKV-Ausgaben um 126 Prozent zu.

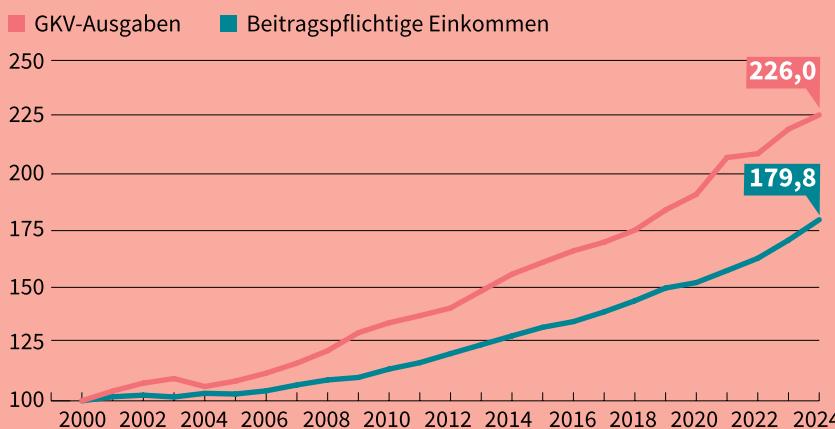
Anders gerechnet: Im Jahresdurchschnitt sind die Ausgaben der GKV um 1 Prozentpunkt stärker gewachsen als die Einnahmen.

Die Ausgaben zu begrenzen, erfordert einen echten Kraftakt. Denn die GKV muss auch darauf reagieren, dass ihre Versicherten immer älter werden. Dieser Effekt ist schon auf kurze Sicht deutlich zu erkennen, wie eine IW-Fortschreibung zeigt (Grafik Seite 13):

Während beispielsweise die Gruppe der 55- bis 59-jährigen GKV-Versicherten Ende 2028 um fast eine Million Personen kleiner sein wird als 2024, wird es dann

Gesetzliche Krankenversicherung: Ausgaben laufen den Einnahmen davon

je Versicherten, Jahr 2000 = 100



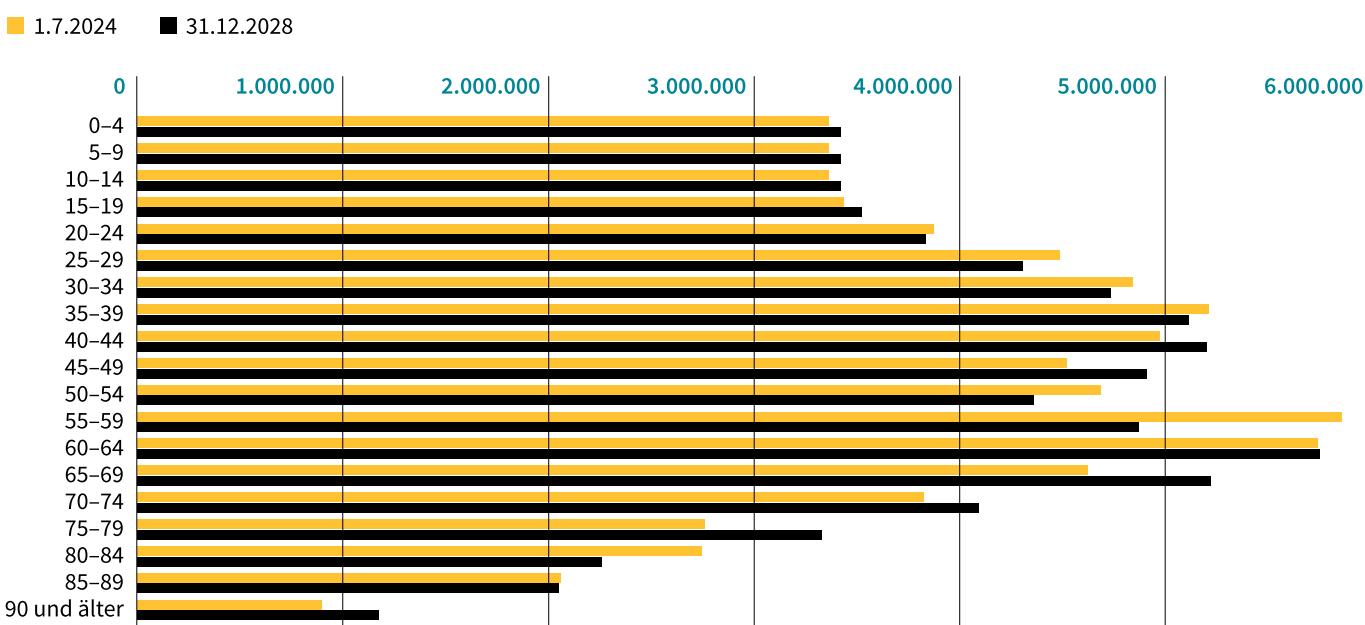
Beitragspflichtige Einkommen: Grundlohnsumme, geschätzt

Quellen: Bundesamt für Soziale Sicherung, Bundesministerium für Gesundheit, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

GKV-Versicherte werden älter

Zahl der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung nach Altersklassen in Jahren



Versicherte im Jahr 2028: Fortschreibung

Versicherte im Alter von 0 bis 14 Jahren wurden gleichmäßig auf die drei jüngsten Altersklassen verteilt

Quellen: Bundesministerium für Gesundheit, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

rund 600.000 mehr Versicherte im Alter zwischen 65 und 69 Jahren geben.

Insgesamt sinkt die Zahl der unter 65-jährigen Versicherten binnen vier Jahren um fast 850.000, während jene der über 65-Jährigen um 1,2 Millionen steigt.

Das wirkt sich deutlich auf die Ausgaben der GKV aus, weil Versicherte im Alter typischerweise häufiger und/oder schwerer erkranken und damit höhere Kosten verursachen. Dies zeigt eine IW-Simulation, die an den durchschnittlichen Leistungsausgaben für die einzelnen Altersgruppen ansetzt. Das Ergebnis:

Bis 2028 ist – unter ansonsten gleichen Voraussetzungen – aufgrund der gealterten Versichertenstruktur mit einem Anstieg der GKV-Ausgaben um 5 Milliarden Euro auf mehr als 339 Milliarden Euro zu rechnen.

Allein, weil die Gruppe der Versicherten insgesamt älter wird, ergibt die IW-Simulation einen jährlichen Ausgabenzuwachs von knapp 0,4 Prozent. Schon um diese höheren Leistungen zu finanzieren, müsste der Beitragssatz um knapp 0,3 Prozentpunkte angehoben werden.

Immerhin verschärft die Alterung des Versichertenbestands in den kommenden vier Jahren die GKV-Finanzlage nicht auch noch auf der Einnahmeseite. Zwar steigt der Anteil der über 65-jährigen Versicherten von 22,7 auf 24,2 Prozent – und die beitragspflichtigen Einkommen von Rentnern sind im Schnitt niedriger als jene der jüngeren Erwerbstätigen. Der Anteil der Beitragss Zahler an allen Versicherten ist jedoch in der Krankenversicherung der Rentner höher, weil beispielsweise zuvor beitragsfrei versicherte Familienangehörige im

Ruhestandsalter eine beitragspflichtige Rente beziehen. Der IW-Simulation zufolge bleibt die fortgeschriebene Grundlohnsumme als Basis für die GKV-Einnahmen bis Ende 2028 nahezu konstant.

Unterm Strich heißt das: Um den demografisch bedingten Ausgabenanstieg bei einem konstanten Beitragssatz finanzieren zu können, muss das Wachstum der GKV-Ausgaben pro Kopf künftig um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr hinter dem Wachstum der beitragspflichtigen Grundlohnsumme zurückbleiben. Wenn die Bundesregierung im Herbst 2027 Empfehlungen von ihrer Reformkommission erwartet, käme das zu spät, um den Beitragssatz stabil zu halten.

Aus IW-Trends 3/2025

Jochen Pimpertz: Reicht ein Ausgabenmoratorium zur Stabilisierung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung? Eine kontrafaktische Simulation

Mehr Geld? Mehr Zeit!

Private Pflege. Knapp 5,7 Millionen Bundesbürger kümmern sich privat um pflegebedürftige Mitmenschen – meist Kinder, Partner oder Eltern. Betrachtet man die Haushalte von Pflegenden, sind ihre Einkommen oft kaum niedriger als die der übrigen Bundesbürger. Wer pflegt und dabei noch arbeitet, braucht also nicht in erster Linie finanzielle Entlastung, sondern mehr zeitliche Flexibilität.

Essen reichen, beim Anziehen helfen, zum Arzt begleiten, Einkäufe übernehmen und so weiter – wer sich um pflegebedürftige Angehörige oder Freunde kümmert, hat jede Menge um die Ohren. Kommen zu den Sorgen um die Lieben dann auch noch Geldprobleme hinzu, wird es richtig hart. Anlass genug für das IW, die finanzielle Situation von jenen Menschen in Deutschland unter die Lupe zu nehmen, die im privaten Rahmen pflegen.

Diese Gruppe ist alles andere als klein, wie die Daten des Sozio-ökonomischen Panels zeigen (Grafik):

Im Jahr 2022 leisteten 5,65 Millionen Privatpersonen in Deutschland Pflegetätigkeiten – mit 2,57 Mil-

lionen war annähernd die Hälfte von ihnen zwischen 50 und 65 Jahre alt.

Überwiegend sind es Frauen, die privat pflegen, in der Altersgruppe der 18- bis unter 50-Jährigen gibt es mit 1,07 Millionen sogar fast doppelt so viele pflegende Frauen wie Männer.

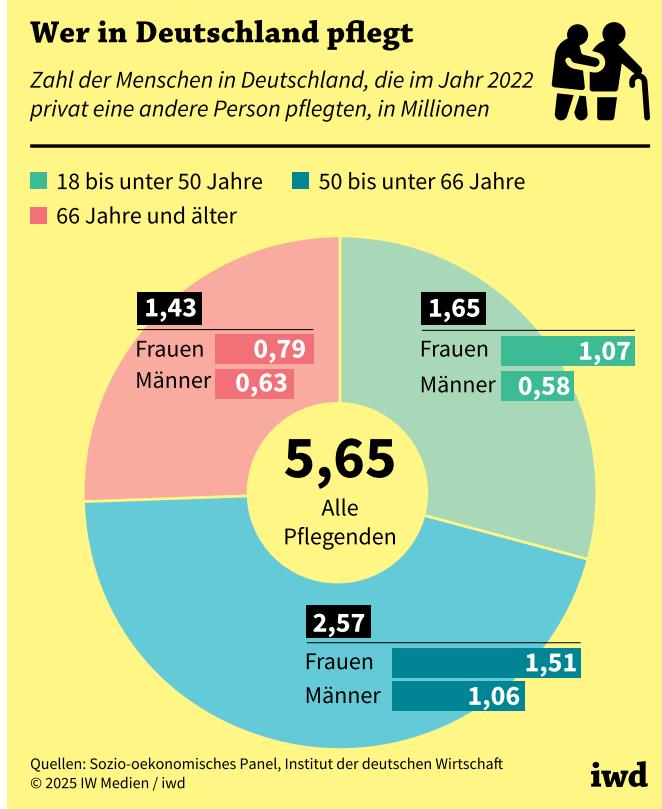
Die Vermutung liegt nahe, dass vor allem jene Personen, die über einen längeren Zeitraum Familienmitglieder pflegerisch betreuen, im Job zurückstecken wollen oder müssen. Tatsächlich arbeiteten im Jahr 2022 nur knapp 45 Prozent aller Pflegenden im Alter zwischen 18 und 65 Jahren in Vollzeit – gegenüber gut 54 Prozent der Nichtpflegenden. Die Anteile der Teilzeitbeschäftigen und nicht Erwerbstätigen waren bei den Pflegenden dagegen höher.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass zwischen den individuellen Einkommen von Pflegenden und Nichtpflegenden ein Gefälle besteht:

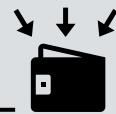
Im Jahr 2022 betrug das durchschnittliche Bruttoerwerbseinkommen der 18- bis 49-Jährigen, die privat pflegen, 3.023 Euro je Monat – das waren fast 600 Euro weniger als bei jenen, die keine Pflegeverantwortung hatten.

In der Gruppe der 50- bis unter 66-Jährigen war der Einkommensunterschied mit knapp 700 Euro sogar noch etwas größer. Das ist insofern plausibel, als sich der Anteil der Vollzeitbeschäftigen zwischen pflegenden und nicht pflegenden über 50-Jährigen besonders stark unterscheidet. Vor allem die pflegenden Männer dieser Altersgruppe sind in deutlich geringerem Umfang erwerbstätig als jene ohne Pflegeverpflichtungen.

Die individuellen Bruttoerwerbseinkommen erlauben allerdings keine vollständige Aussage darüber, wie es privat Pflegenden tatsächlich finanziell geht. Denn wer beispielsweise aufgrund des Pflegeaufwands für ein Kind seine Arbeitszeit reduziert, hat möglicherweise einen



Einkommen: Pflege macht kaum einen Unterschied



Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen in Deutschland im Jahr 2022, je Monat in Euro

■ Nichtpflegende ■ Pflegende

	Insgesamt	Frauen	Männer
18 bis unter 50 Jahre	2.276 2.042	2.230 1.999	2.320 2.124
50 bis unter 66 Jahre	2.478 2.440	2.314 2.384	2.632 2.531
66 Jahre und älter	2.074 2.114	1.972 2.025	2.203 2.225
Alle Altersgruppen	2.283 2.241	2.182 2.177	2.385 2.341

Nettoäquivalenzeinkommen: Pro-Kopf-Einkommen, das Ersparnisse durch gemeinsames Wirtschaften in einem Haushalt und die im Vergleich zu Erwachsenen geringeren finanziellen Bedarfe von Kindern berücksichtigt, inklusive staatlicher Transfers wie z. B. Pflegegeld

Quellen: Sozio-ökonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Partner, der sein Pensum aufstocken und so die Einkommenseinbußen ausgleichen kann. Daher ist es sinnvoll, die bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen in den Blick zu nehmen – und zwar in einer Nettobetrachtung, die auch staatliche Transfers wie etwa das Pflegegeld miteinbezieht.

Diese Zahlen liefern dann auch einen deutlich anderen Befund (Grafik):

Im Durchschnitt erzielten die privat Pflegenden über alle Altersgruppen hinweg im Jahr 2022 ein sogenanntes Nettoäquivalenzeinkommen von 2.241 Euro je Monat – das waren nur 42 Euro weniger als das entsprechende Einkommen von Menschen in Haushalten, in denen niemand pflegerisch tätig ist.

Bei Personen im Erwerbsalter fällt der Unterschied bei den bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen mit zuletzt 66 Euro zwar etwas größer aus, doch nur in der Gruppe der unter 50-Jährigen lässt sich überhaupt ein Einkommensunterschied feststellen, der ökonomisch und statistisch relevant ist. Die Einkommensdifferenzen werden dabei umso größer, je mehr Zeit die Pflegenden für die von ihnen betreuten Personen aufbringen.

Generell unterscheiden sich die Einkommensverhältnisse zwischen Pflegenden und Nichtpflegenden aber

nur unwesentlich. Zu diesem Befund passt auch, dass Menschen, die sich privat um Pflegebedürftige kümmern, kaum häufiger von Armut bedroht sind:

Der Anteil jener, die über weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens verfügen, lag 2022 in der Gruppe der Nichtpflegenden bei 15,25 Prozent – unter den Pflegenden war die Armutgefährdungsquote mit 15,85 Prozent nur geringfügig höher.

All dies legt nahe, dass eine Politik, die privat pflegende Menschen stärker unterstützen will, nicht in erster Linie am Geld ansetzen muss. Hilfreich wären vielmehr Maßnahmen, die es ermöglichen, dass pflegende Erwerbstätige ihr privates Engagement zeitlich besser mit ihrem Job vereinbaren können. Hierzu könnte der Wechsel von einer täglichen zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit, wie ihn die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vorsieht, einen Beitrag leisten.

Aus IW-Trends 2/2025

Maximilian Stockhausen: Einkommen und Pflege – Eine Analyse der finanziellen Situation von privat Pflegenden

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** €13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmедин@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte: für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmедин.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche**212.400**
Personen

strebten im Jahr 2024 an einer deutschen Hochschule einen Doktorgrad an, das waren 7.500 Promovierende mehr als im Jahr zuvor. Mit 28 Prozent promovierten davon die meisten Personen in der Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften. Die zweitgrößte Gruppe bildeten die Promovierenden in Mathematik und Naturwissenschaften (22 Prozent), gefolgt von den Ingenieurwissenschaften (18 Prozent) und den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (16 Prozent). Der Frauenanteil an den Promovierenden ist leicht gestiegen und lag im vergangenen Jahr bei 49 Prozent. Allerdings zeigen sich in den einzelnen Fächergruppen deutliche Unterschiede in der Geschlechterverteilung: In Kunst und Kunstwissenschaften waren zwei von drei Promovierenden Frauen, in den Ingenieurwissenschaften war es dagegen nur eine von vier. Mit 9.700 laufenden Promotionsvorhaben war die Ludwig-Maximilians-Universität München im vergangenen Jahr die Hochschule mit den meisten Promovierenden, an zweiter Stelle folgt die Technische Universität München mit 9.400 Personen. An der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg befanden sich 9.300 Personen in einem Promotionsverfahren und an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen 7.900. Somit strebten zuletzt 17 Prozent aller Promovierenden in Deutschland ihren Titel an lediglich diesen vier Hochschulen an.

Top-Liste: Familiäre Finanzen

830 Euro gaben die EU-Staaten im Jahr 2022 im Durchschnitt pro Einwohner für Familienleistungen wie Kinder- oder Elterngeld aus. Damit sind die Sozialleistungen für Familien binnen zehn Jahren um fast die Hälfte gestiegen, 2012 investierten die Mitgliedsstaaten statistisch betrachtet 566 Euro je Einwohner. In neun Ländern fielen die Familienleistungen zuletzt höher aus als im EU-Schnitt, in Luxemburg sogar um fast 3.000 Euro. In Deutschland, wo es außer dem Kinder- und Elterngeld unter anderem auch den Kinderzuschlag, den Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende sowie den Freibetrag für Kinder gibt, beliefen sich die Familienleistungen im Jahr 2022 mit knapp 1.620 Euro pro Einwohner fast auf das Doppelte des EU-Durchschnitts.

Familienleistungen in der EU: Enorme Spannbreite

So viele Euro gaben die EU-Mitgliedsstaaten 2022 je Einwohner für staatliche Sozialleistungen für Familien aus

